

Bürgerallianz legt eigenen Gesetzentwurf vor

Landtag soll alle Beiträge abschaffen

Erfurt (OTZ/pa). Die Bürgerallianz gegen Kommunalabgaben erhöht ihren Druck auf die Landespolitik.

Allen Landtagsfraktionen und der Regierung wurde jetzt ein bereits ausformuliertes Änderungsgesetz vorgelegt. Ziel ist, die Beitragspflicht der Grundstückseigentümer auch im Abwasserbereich sowie für kommunalen Straßenausbau abzuschaffen.

Als Wahlkampfschlager 2004 hatte der damalige Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) Beitragszahlungen für Trinkwasseranlagen gestrichen. Kosten für die Landeskasse: etwa 33 Millionen Euro pro Jahr. Laut Bürgerallianz würde eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, die von Anliegern zu zahlen sind, beim Land Mehrkosten von jähr-

lich 30 Millionen Euro verursachen. Dieselbe Summe käme obendrein auf die Gemeinden zu. Die könnten dafür laut Gesetzentwurf eine Infrastrukturabgabe einführen, die sich am Aufkommen der Grundsteuer orientiert. Das Land dürfe die Gemeinden jedoch nicht dazu zwingen.

Das Thüringer Innenministerium arbeitet derweil selbst an einer Neuregelung der umstritte-

nen Straßenausbaubeiträge. Im Weimarer Landesverwaltungsamt fand gestern dazu eine nicht-öffentliche Anhörung statt, bei der die kommunalen Spitzenverbände, IHK und andere Interessenvertreter ihre Sichtweisen darlegten. Innenminister Peter Huber (CDU) hält an seinem Ziel fest, bis Jahresende einen Gesetzesvorschlag zu präsentieren.